

# Calmer Calwblatt

Nr. 126. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 94. Jahrgang.

Dienstag den 3. Juni 1919.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 20 Pfg. wöchentlich. — Sonntags- und Feiertagsausgaben 10 Pfg. — Einmalige Anzeigen 10 Pfg. — Fernsprecher 9.

Bezugpreis: In der Stadt mit Frachtposten M. 2.85 vierteljährlich, Postbezugpreis im Orts- u. Nachbarkreise M. 2.75, im Fernverkehr M. 2.85, Beleggeld 30 Pfg.

## Zur Friedensfrage. Voraussetzliche Zurückweisung der deutschen Gegenvorschläge.

Paris, 2. Juni. Havas. Das „Echo de Paris“ versichert, daß die Antwort im Namen der Alliierten dem Grafen Brockdorff am Freitag durch Clemenceau überreicht werden wird. Sie wird, wie man sagt, eine begründete Zurückweisung enthalten, nach welcher Deutschland die Bedingungen der Entente vor dem 15. 6. anzunehmen hat.

### Wilson's wahres Gesicht.

Paris, 3. Juni. Die „Chicago Tribune“ bestätigt, daß Wilson an Clemenceau und Lloyd George ein Telegramm geschickt habe, worin erklärt werde, die Aufgabe sei, daß die Bedingungen des Vertrags trotz der deutschen Drohungen aufrecht erhalten werden. Der Präsident ist dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gegenwärtig unbedingt abgeneigt. Wilson werde sich weigern, den Deutschen in Galizien (?) eine Volksabstimmung zu erlauben.

### Entente-sozialistische Theorie.

Berlin, 3. Juni. Am Mailänder Rathaus saß eine Versammlung italienischer, französischer und englischer Sozialistenführer den Beschluß, sich gegen den Versailler Friedensvertrag zu erklären.

### Die französische Annahme.

(W.B.) Versailles, 2. Juni. „Temps“ meldet, daß der Biererrat gestern keine Sitzung abgehalten habe. Die Prüfung und Erörterung der deutschen Gegenvorschläge durch die Ausschüsse der Pariser Konferenz dauere fort. Man glaube, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge Ende dieser Woche Graf Brockdorff übermitteln werde. „Liberte“ bestätigt, daß der Biererrat am Dienstag die Prüfung der deutschen Friedensvorschläge selbst beginnen werde. Die augenblicklichen Kommissionsberatungen hätten schon zu einem sehr interessanten Meinungsaustausch der alliierten Diplomaten Anlaß gegeben. Jedenfalls sei Wilson mit den Franzosen darin völlig einig, daß Frankreich nicht nachgeben könne noch werde. Die Abendblätter setzen die scharfen Äußerungen über die deutschen Friedensvorschläge fort und wollen offensichtlich die Öffentlichkeit dahin bearbeiten, daß sie darauf besteht, daß die Entente in nichts nachgebe. Kennzeichnend sind die Ausführungen des „Journal des Debats“. Die Konferenz könne unmöglich den ungeheuren Entwurf, welchen sie so sorgfältig herstellte, sahweise nachprüfen, denn so würde man noch im Herbst tagen und die Geduld der Völker sei erschöpft. Mündliche Verhandlungen, welche Graf v. Brockdorff wünsche, seien nicht mehr angebracht. Die Konferenz hätte das System der mündlichen Verhandlungen mit den feindlichen Delegierten annehmen können als sie zusammentrat, aber sie haben mit Recht vorgezogen, nicht in Anwesenheit des Feindes zu diskutieren und zu entscheiden. Jetzt dürfe man nicht mehr zurück. Das Urteil sei gefällt und müsse durchgeführt werden. Der „Temps“ wünscht, daß nachträglich die Bestimmung in den Vertrag mit Deutschland aufgenommen werde, durch welche jegliche Minderheiten genau wie im Vertrag mit Österreich unter den Schutz der Gesellschaft der Nationen gestellt werde.

## Eine feierliche französische Bilanz zur Begründung der finanziellen Ausfaltung Deutschlands.

(W.B.) Versailles, 1. Juni. Einem Mitarbeiter des „Matin“ gegenüber äußerte sich Ribot über die finanziellen Lasten Frankreichs in den nächsten Jahren. Ribot berechnet, daß Deutschland bis 1926 Frankreich 4 Milliarden bezahlen werde. Während derselben Zeit werde Frankreich 25 Milliarden Zinsen für die Anleihe, welche Frankreich zur Bestreitung der Wiedergutmachungskosten ausgeben müssen, zu bezahlen haben. Unter Berücksichtigung des Erlöses von Pensionen dürfe Frankreich zunächst 40 Milliarden vorzuschießen haben und in den Jahren 1926 bis 1931 werde Deutschland 18000 Millionen jährlich an Frankreich zahlen, wogegen Frankreich in derselben Zeit zunächst mindestens 50 bis 60 Milliarden auszugeben haben werde. Diese großen Ausgaben Frankreichs erklärte Ribot mit der Notwendigkeit, Anleihen zur Deckung der Wiederherstellungskosten ausgeben zu müssen. Zum Schluß erklärte Ribot, man werde ihm vielleicht vorhalten, daß Frankreich Schatzscheine, welche Deutschland ihm geben werde, eskontieren könne. In diesem Falle eskontiere Frankreich nicht die Zinsen, sondern das Kapital und müsse in diesem Falle also amortisieren. Auch bei dieser Voraussetzung gelangte man nicht zu einem günstigeren Resultat. Er wolle durch klare Darstellung der Finanzlage und durch Veröffentlichung

dieser erschreckenden Zahlen die öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit der finanziellen Solidarität aller Alliierten lenken.

### Die Friedensbedingungen für Deutsch-Oesterreich.

Amsterdam, 2. Juni. Das Neuterische Bureau meldet aus Paris, daß dem österreichischen Bevollmächtigten in St. Germain heute die Friedensbedingungen, mit Ausnahme der militärischen, der Wiedergutmachungs- und der finanziellen Bedingungen, sowie gewisser Grenzklauseln, überreicht wurden. Die erwähnten Klauseln sind noch nicht zur Ueberreichung bereit. Der österreichische Vertrag folgt genau den Umrissen des deutschen und ist an vielen Stellen identisch. Oesterreich (der Ausdruck „Deutsch-Oesterreich“ wird vermieden) wird durch den Vertrag ein Staat von etwa 6 Millionen Einwohnern, die ein Gebiet von 50000 bis 60000 Quadratmeilen bevölkern. Es erkennt die volle Unabhängigkeit Ungarns, der Tschecho-Slowakei und des serbisch-kroatisch-slovenischen Staates an. Der Abschnitt 2 behandelt die Grenzen: Die Nordgrenze der Tschecho-Slowakei folgt der alten administrativen Grenze, die die Provinzen Böhmen und Mähren von Ober- und Unterösterreich trennte, mit einigen kleineren Verichtigungen vor allem in der Gegend von Gmünd und Feldberg, und längs des Muravaflusses. Die Südgrenze mit Italien und dem serbisch-kroatisch-slovenischen Staat soll später vor den hauptsächlichsten Ententemächten festgesetzt werden. Im Osten verläuft die Grenzlinie knapp östlich von Bleiburg und überschreitet die Drau knapp oberhalb Lavant.

## Die kleinen Ententestaaten und die Austellung Oesterreich-Ungarns.

(W.B.) Versailles, 1. Juni. Gestern nachmittag wurde den kleinen Staaten, die Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt hatten, im französischen Ministerium des Neuherrn der Vertragsskizzen für Deutsch-Oesterreich vorgelegt. Die geheime Beratung dauerte etwa zwei Stunden und betraf, wie der „Matin“ berichtet, hauptsächlich die Maßnahmen, die zum Schutze der nationalen Minderheiten in Polen, der Tschecho-Slowakei, Südslawien und Rumänien vorgezogen sind. Im Namen dieser vier Staaten erklärte Bratianu, daß sich die Großmächte durch diese Bestimmungen in die inneren Angelegenheiten und die innere Gesetzgebung der kleinen Staaten einmischen. Falls besondere Maßnahmen zum Schutze von nationalen Minderheiten völkerrechtlich festgesetzt werden sollten, müßten sie auch unterschiedlos für alle Mächte zur Anwendung kommen; gesehe dies nicht, so würde das eine Benachteiligung der Kleinstaaten und eine Beeinträchtigung ihrer Souveränität bedeuten. — Laut „Echo de Paris“ erwiderte Ministerpräsident Clemenceau in heftigem Tone, daß die in dem Vertrag vorgesehenen Maßnahmen aufrecht erhalten werden müßten. Daraufhin erhob sich Paderewski für Polen, Aramarez für die Tschecho-Slowakei und Krumbly für Slawien und erklärten, daß sie sich den Äußerungen Bratianus anschließen. In längerer Rede rechsferterigte Wilson die zur Erörterung stehenden Bestimmungen und erklärte, daß die Großmächte die ganze Verantwortung für diesen Frieden trügen und daher Bürgschaften schaffen müßten, daß alle Bürger der jetzt entstehenden neuen Staaten auch gerecht behandelt würden; doch sei er bereit, in eine Fassungsänderung des fraglichen Abschnittes zu willigen, damit er nicht als eine Ausnahmebestimmung oder als Zwang gewissen Ländern gegenüber aufgefaßt werden könne. Ein Vorschlag von Benzelos, die Großmächte müßten zusammen mit den Kleinstaaten den dritten Abschnitt unverzüglich ändern, wurde angenommen und eine zufriedenstellende Einigung erreicht. — Wie „Matin“ hervorhebt, schieben die Vertreter der Kleinstaaten der französischen Delegation die Hauptschuld an diesen Unstimmigkeiten zu; doch dürften sie nicht vergessen, daß gerade Frankreich und seine Delegierten während der ganzen Friedensverhandlungen mit allen Kräften für ihr Wohl eingetreten seien. Sie dürften sich also durch den etwas schroffen Ton Clemenceaus ihnen gegenüber nicht vor den Kopf gestoßen fühlen.

## Die Zustände im ehemaligen Oesterreich-Ungarn.

(W.B.) Budapest, 1. Juni. Wie „Pester Lloyd“ aus Wien meldet, teilte ine aus Orsova eingetroffene Persönlichkeit, Mitglied der Nationalversammlung, mit, daß die Rumänen und Serben in Ost- und Südbungarn ihren Vormarsch eingestellt hätten, weil ihnen von seiten der Entente nicht genügend Zusicherungen in der Frage des Landerwerbs gemacht würden. Die in Südbungarn in verhältnismäßig geringer Stärke verbleibenden französischen Truppen sollten auch nicht mehr als zuverlässig. Durch das Eindringen sozialistisch-kommunistischer Anschauungen haben die Disziplin bei ihnen sehr gelitten. Auch die Rumänen sei nicht mehr zuverlässig.

(W.B.) Wien, 1. Juni. Heute vormittag fand eine Protestversammlung der in Wien lebenden Schlesier gegen die Einverleibung des Sudetenlandes in den tschecho-slowakischen Staat statt. Die Versammlung nahm einen Antrag an, in dem gegen diesen Plan, der dem Willen Hunderttausender Deutscher widerspreche, stammender Einspruch erhoben und Bewirkung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen des Sudetenlandes gefordert wird. Zugleich protestierte die Versammlung gegen die Grausamkeiten, welche die tschechischen Gewalttäter an der wehrlosen, ausgehungerten Bevölkerung verübten und noch immer verüben und klagt die Großmächte, die diese Greuel zuließen, der Mitschuld an. An die Versammlung schloß sich ein Demonstrationszug über die Ringstraße an dem über 8000 Personen teilnahmen.

## Immer noch das Fiumeproblem.

Paris, 1. Juni. Havas. Das Echo de Paris schreibt: Die Verhandlungen mit den Südslawen über das Fiumeproblem haben noch nicht zu der erwarteten und völligen Einigung geführt. Südslawien glaube, daß der unabhängige Staat Fiume zu weite Grenzen erhalte und eine sehr zahlreiche slawische Bevölkerung auf seinem Gebiete vereinigen würde. Die Italiener ihrerseits befürchten, daß bei der nach 15 Jahren stattfindenden Volksabstimmung die Mehrheit der südslawischen Bevölkerung die Stadtbewohner überstimmen werde. Das Echo de Paris glaubt an eine baldige endgültige Verständigung.

## Französische Stimme zur Orientfrage.

(W.B.) Versailles, 2. Juni. „Populaire“ schreibt, der Anstand in Afghanistan zeige, daß die ganze islamitische Welt in Gärung sei. Der Afghanenaustand stehe mit den ägyptischen und indischen Unruhen im Zusammenhang. Er sei für England weniger beforgniserregend als die beiden früheren Bewegungen. Es sei ihm aber schwer beizukommen und er könne sehr ernst werden, wenn die Unruhen in Indien wieder zum Aufschlagern kämen. Man verstehe jetzt, warum Lloyd George plötzlich so energisch auf der Pariser Konferenz eingegriffen habe, um die Erhaltung einer größeren Türkei zu verlangen. England fürchte, daß neben der irischen Krise und der Arbeiterkrise auch noch eine islamitische Krise ausbreche. Jeder Tag bringe neue Verwicklungen und man sei noch nicht am Ende aller Aufregungen und Ueberraschungen.

## Eine französische Sozialistenstimme zu den deutschen Gegenvorschlägen.

Verailles, 22. Mai. Sembat schreibt heute im „Devoir“, Brockdorffs Mantelnote sei geschickt. Sie erfasse die schwachen Punkte des alliierten Vertragsskizzen. Zunächst zeige sie, daß die Entente mit sich selbst in Widerspruch sei, wenn sie Deutschlands Entwaflnung fordere, aber Deutschland nicht in den Völkerbund aufnehmen wolle. Wer aber abrüsten müsse, müsse auch in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden, sonst sei er wehrlos. Auch die Behauptung des Grafen Brockdorff, daß die augenblickliche Fassung des Vertragsskizzen Deutschland wirtschaftlich zugrundebringe, sei richtig. Deutschlands Ruin sei auch Frankreichs Ruin. Desgleichen sei Brockdorffs Einspruch gegen die Danziger Lösung zutreffend. Zum Schluß hebt Sembat hervor, daß Clemenceau gestern in seiner Antwort an Brockdorff betonte, der Arbeit der Gesetzgebung namens der Alliierten erkläre, daß deutsche Vertreter demnächst in die internationale Arbeiterorganisation aufgenommen werden sollten. Sei dies nicht der erste Schritt zum Eintritt Deutschlands in die Gemeinschaft der Nationen?

## Polnische Absichten gegen Westpreußen.

Berlin, 3. Juni. Nach genauen Beobachtungen in mehreren hart an der polnischen Grenze gelegenen Ortschaften haben die Polen in den letzten Tagen die Truppen im Grenzgebiet gegen die Provinz Westpreußen erheblich vermehrt.

## Die Machenschaften in den Rheinlanden — Die Friedensbedingungen für Deutschösterreich — Die Schulfrage.

Mit Hilfe der Alliierten haben es nun verbrecherische Elemente unternommen, in den Rheinlanden eine Republik auszurufen die das eigentliche Rheinland, Altassau, Rheinbessen und die Rheinprovinz umfassen soll. Die Republik wird als „Friedensrepublik“ bezeichnet, mit der Bestimmung, die „Völkerveröhnung“ zu fördern. Die Führer, die sich selbst die höchsten Ämter in diesem Staatswesen angeeignet haben, verlangen Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Versailles. Es handelt sich bei der ganzen Sache anscheinend nur um reine Antreffenpolitik, um den schweren Lasten, die Deutschland zu tragen haben wird, zu entgehen. Darin liegt das Ungeheuerliche.

Uns am Wiederkaufen des deutschen Nationalstaats...  
Zweifel lassen könnte. Ausgerechnet die Arbeiter müßten diesen ehren-  
vollen Schritten zeigen, daß es auch noch andere Empfindungen gibt  
als die des materiellen Interesses. Die deutsche Regierung hat  
natürlich die Ausrufung der Republik als Landesverrat betrachtet,  
und wird, sofern die feindlichen Besatzungsbehörden, die mit den  
Verrätern unter einer Decke stehen, das zulassen, die Urheber dieses  
Hochverrats zur Rechenschaft ziehen. Daß namentlich die Franzosen  
die Postrennung der Rheinlande von Deutschland als ihr politisches Ziel  
betrachtet haben, geht aus einem Protokoll hervor, in dem die Unterhand-  
lungen aufgezeichnet sind, die der Kommandeur der französisch. Besatzungs-  
truppen in der Pfalz, General Gerard, mit pfälzischen Abgeordneten ge-  
schlossen hat. Der General beschwichtigte die beiden Ehrenmänner, die  
Angst vor den Folgen ihrer verräterischen Handlungen hatten, damit,  
daß Marschall Foch ihm zugesichert habe, es wäre für die Unterzeich-  
ner des Selbständigkeitsauftrufs nichts zu befürchten, da sie mit der  
deutschen Regierung rechts des Rheins nichts mehr zu tun haben  
würden. Das rechte Rheinufer werde vom linken getrennt. Die  
Deutschen würden auf dem linken Rheinufer nichts mehr zu sagen  
haben. Auch sollen Entschädigungen bei Zahlung der Kriegsschuldigung  
geschaffen werden. Man sieht daraus, daß die ganze Sache  
recht gut vorbereitet war. Also auch die Rheinlande sollen dem  
französischen Räuber, der Jahrhunderte lang unser Land gebrandschatzt  
und deutsches Land und deutsche Volksgenossen uns systematisch ent-  
eignet hat, zum Opfer fallen. Und dann spricht man von Völkerver-  
söhnung.

Nein, an Völkerveröhnung denkt niemand bei der Entente,  
sondern nur an die Vernichtung des deutschen Volkes, nicht wegen  
seines Militarismus, sondern wegen seiner Mächtigkeit, die man  
fürchtet, und die deshalb durch militärische, politische und wirtschaft-  
liche Vergewaltigung, sowie durch Abtrennung großer deutscher Volks-  
teile unwirksam gemacht werden soll. Von diesen Gesichtspunkten  
aus wurden auch die Friedensbedingungen für Deutsch-Österreich  
geschaffen, das einen Staat von 6 Millionen Menschen bilden soll,  
sodas also annähernd 4 Millionen Deutsche unter die Herrschaft von  
Italienern, Polen, Tschechen und Südslaven kommen sollen.  
Also für jeden verkauften und versetzten Zigeunerstaat bleibt es  
ein Selbstbestimmungsrecht, nur für das deutsche Volk nicht.  
Selbstverständlich wird man auch Österreich militärische Vorschriften  
für die Zukunft machen. Die österreichische Flotte muß an die  
Entente abgeliefert werden, und man wird unsern Volksgenossen ein-  
paar Tausend Mann als stehendes Heer zugeschieben. Der Anschluß  
an Deutschland soll den Österreichern dazu noch verboten werden.  
Gründe dafür werden nicht angegeben, weil die Entente das nicht  
nötig hat. Die Welt wird nach dem Gutdünken der Alliierten ver-  
teilt, und dabei leistet man sich noch die größte Verhöhnung der  
öffentlichen Meinung, indem man von Recht und Gerechtigkeit, und  
Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht.

Daß auch Deutschland verkauft wird, das rechtfertigen die Alliierten  
mit der von ihnen unentwegt vertretenen Behauptung der  
Schuld Deutschlands am Kriege. Das wurde auch wieder in der  
erneuten Antwort der Entente auf die deutschen Vorschläge bezüglich  
der internationalen Arbeitergesetzgebung zum Ausdruck gebracht, in  
der die deutschen Anregungen verworfen wurden, aber den deutschen  
Arbeitern in Aussicht gestellt wurde, daß sie auch an der im Oktober  
stattfindenden Konferenz in Washington zur Regelung der internatio-  
nalen Organisation teilnehmen dürfen. Als Zusatz erlaubt sich die  
alliierte Note dann die zynische Bemerkung, es liege nur der Wunsch  
vor, den Frieden baldmöglichst wieder herzustellen und die Aufnahme  
eines sozialen Programms zur Annahme zu bringen, das wohl ohne  
Zweifel schon verwirklicht worden wäre, wenn nicht die deutschen  
Angriffe der ganzen Welt Gefahren und Sorgen um die Freiheit  
zugewendet und die Völker gezwungen hätten, die Wahrung ihrer  
Unabhängigkeit jedem andern Ideale voranzustellen. Wahrlich, solche  
Ungehörlichkeit in Bezug auf Verdrehung der Tatsachen sucht ihres-  
gleichen. Wenn man bedenkt, daß Amerika, aber auch gar nichts in  
sozialer Beziehung vor dem Kriege für die Arbeiter getan hat, und  
das reiche Frankreich auch nur minimale Leistungen aufgebracht hat,  
ganz abgesehen von Italien und allen den andern feindlichen Staaten,  
und daß demgegenüber Deutschland in sozialer und hygienischer  
Beziehung alle Staaten der Welt übertraf, so erkennt man die freche  
Umarmung der Note am besten, die auch verschweigt, daß Deutschland  
seit Ende 1918 einen Verständigungsfrieden angestrebt hat, der jedem  
Volk seine Freiheit belassen hätte. Daß Deutschland einen Verteidig-  
ungskrieg geführt hat, leider erfolglos, das sieht heute alle Welt  
an dem Verteilungsplan, den seine Feinde nach lange vorher-  
bestimmten Abmachungen durchzuführen sich anschickten, und der die  
Vergewaltigung von Millionen und Abermillionen Menschen vorsieht,  
zwecks Sicherung des Raubs und zwecks Ausbeutung der unter-  
drückten Völker. Daß die Entente die Schuld an diesem Kriege  
trägt, darüber giebt es für einen noch mit fünf Sinnen begabten  
Deutschen keinen Zweifel, das wird von der deutschen Kommission  
zur Feststellung der Verantwortlichkeit am Kriege auch recht deutlich  
den Alliierten zu Gemüte geführt. Daß diese Kommission aber eben-  
falls an Formalitäten kleben bleibt, nämlich daß der Weltkrieg aus dem  
russischen Panjladismus entspringe, und daß man England, das der Haupt-  
schuldige an diesem Kriege ist, schonen will, das zeigt, daß man bei uns  
immer noch nicht zum Verstand kommen will, und wenn die Kommission,  
in der ausgesprochen einseitig orientierte Politiker wie Professor  
Weber und Hans Delbrück sitzen, es beklagt, daß infolge der Fried-  
ensbedingungen die Auffassung in der deutschen öffentlichen Meinung  
vorausichtlich für immer befestigt werden wird, daß der Krieg von  
England als Mittel der Niederwerfung eines lästigen Konkurrenten  
vorbereitet und geführt worden ist, so bedauert das der politisch den-  
kende Teil des deutschen Volkes nicht, weil nur durch die Erkenntnis  
der wahren Ursachen dieses Krieges das deutsche Volk zu einer  
vernunftgemäßen Politik gebracht werden kann. O. S.

### Vermischte Nachrichten.

**Die Loslösungsbestrebungen in den Rheinlanden.**  
Frankfurt a. M., 1. Juni. In Wiesbaden und Mainz wurden  
heute Plakate angeschlagen, auf denen die Gründung einer rheinischen

### Unklare Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

**Beitragserhebung der am 1. Mai 1919 im Inlande vorhandenen Vorräte an rohen Häuten und Fellen sowie Leder vom 1. Mai 1919.**

Zufolge der Bekanntmachung des Reichswirtschafts-  
ministeriums betreffend Bestandserhebung der am 1. Mai  
1919 im Inlande vorhandenen Vorräte an rohen Häuten  
und Fellen sowie Leder vom 1. Mai 1919 (Deutscher  
Reichsanzeiger vom 5. Mai 1919 Nr. 101) sind sämtliche  
am 1. Mai 1919 im Inlande vorhandenen, gemäß den  
Bekanntmachungen vom 1. Mai 1919 beschlagnahmten  
rohen und in Arbeit befindlichen Großvieh- und Rauhäute  
wie Kalb-, Schaf-, Lamm- und Ziegenfelle und Leder  
jeder Herkunft, unabhängig von Gerbart und Zurechtungs-  
art, auf vorgeschriebenen Bordrucken bis zum 31. Mai 1919  
der Reichsleiterstelle, Berlin W. 68, Leipziger Str. 123 a,  
zu melden.

Medepflichtig ist der Eigentümer der Vorräte; be-  
finden sich diese im Besitz oder Gewahrsam eines anderen  
als des Eigentümers, so hat auch der andere (Fracht-  
führer, Lagerhalter, Lehngerber usw.) die Anmeldungen  
zu bewirken.

Von der Anmeldung sind ausgenommen:

- a) die im Eigentum eines gewerbmäßigen Häute-  
klein- und Fellschändlers (Sammlers) befind-  
lichen Mengen;
- b) die von zugelassenen Häutegroßhändlern und zu-  
gelassenen Verbänden von Häuterverwertungs-  
vereinigungen bis zum 31. März 1919 der Deut-  
schen Rohhaut-A.G. angebotenen Häute- und Fell-  
mengen;
- c) die in den Leder verarbeitenden Betrieben am  
1. Mai 1919 zwecks Verwendung für die in Ar-  
beit befindlichen Waren bereits gestanzten und  
zugeschnittenen Lederstücke;
- d) Ledervorräte, die bei Gewichtsware geringer als  
50 Kg., bei Maßware geringer als 15 qm sind.

Auf Grund der vorgenannten Bekanntmachung wer-  
den sämtliche medepflichtigen Personen oder Firmen er-  
sucht, die Bordrücke bei der Reichsleiterstelle anzufordern  
und sie, ordnungsmäßig ausgefüllt, an diese in zwei Aus-  
fertigungen bis zu dem oben genannten Zeitpunkt, d. h.  
bis spätestens den 31. Mai 1919, einzusenden.  
Den 29. Mai 1919. Oberamtmann Göb.

Oberamt Calw.

**Abänderung der Bekanntmachung über die Medepflicht von  
Papier, Karton und Pappe vom 20. September 1917.**

Den Wünschen der Papierverbraucher entsprechend hat das  
Reichswirtschaftsministerium in einer Bekanntmachung vom  
5. Mai d. J. einige Abänderungen der Vorschriften über die  
Medepflicht von Papier, Karton und Pappe verfügt, die eine  
wesentliche Erleichterung für die Papierverbraucher bringen.  
Einmal sind die Meldungen künftig nicht mehr allmonatlich,  
sondern jeweils nur einmal in jedem Kalendervierteljahr, er-  
stmals bis zum 10. Juli 1919 für das zweite Vierteljahr 1919  
zu erstatten. Die Meldebogen sind von der Kriegswirtschafts-  
stelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe gegen Einzahlung von  
50 Pf. für fünf Meldebogen zuzüglich 15 Pf. für deren Ueber-  
sendung zu beziehen. Sodann ist für Lieferungen, die nach dem  
1. April 1919 erfolgen, die von der Kriegswirtschaftsstelle für  
das Deutsche Zeitungsgewerbe zur Dedung der entstehenden  
Ankosten zu erhebende Abgabe von 20 Pf. für 100 Kg. auf 10 Pf.  
für 100 Kg. ermäßigt worden. Anfangs 100 Kg. gelten als  
für 100 Kg. ermäßigt worden, angefangene 100 Kg. gelten als  
volle 100 Kg.  
Den 27. Mai 1919. Oberamtmann Göb.

Republik bekannt gegeben wird. Diese rheinische Republik soll nach  
dem Aufruf eine Friedensrepublik sein und das Rheinland,  
Rheinhesse, die Rheinpfalz und das Fürstentum Birkenfeld  
umfassen. Die vorläufige Regierung, die angeblich besteht, hat ihren  
Sitz in Wiesbaden. Endgültig soll Koblenz Hauptstadt werden.  
Die Erlaubnis zu Wahlen zu der verfassunggebenden Versammlung  
soll sofort eingeholt werden. Die bisherigen Staats- und Gemeinde-  
behörden sollen bis auf weiteres im Amte bleiben. Der Aufruf ist  
unterschieden von drei Arbeitsausschüssen, nämlich: Dem Rheinischen  
Arbeitsausschuß, dem Cassanisch-Rheinhesseischen Arbeitsausschuß und  
dem Pfälzischen Arbeitsausschuß. Es werden jedoch keine Namen  
genannt, sodas das Plakat und der Aufruf völlig anonym sind. In  
Koblenz und Köln wurde der Aufruf nicht verbreitet. Nur eine  
einzige Zeitung des besetzten Gebiets hat davon Kenntnis genommen  
und sich in zustimmendem Sinne geäußert, der „Mainzer Neueste  
Anzeiger“, ein Blatt, das schon seit einigen Wochen aus von feind-  
licher Seite gekauft gilt. Selbst wenn es sich bei diesen Vorgängen  
nur um groben Unfug handeln sollte, würde Hochverrat vorliegen.  
Die rheinische Bevölkerung bekannst sich fest entschlossen zum Reich.  
Alle verbrecherischen Versuche der Loslösung sind auf einzelne beson-  
ders geschäftstüchtige, ehrgeizige oder bestochene Personen zu-  
rückzuführen.

**Die rheinischen Arbeiter gegen die Abtrennungs-  
bestrebungen.**

Berlin, 3. Juni. Der Präsident der hessischen Landesversamm-  
lung und Führer der Mainzer Sozialdemokratie, Adlung in Mainz  
wurde wegen Aufreizung zum Streik von den Franzosen verhaftet.

Berlin, 3. Juni. Nach einer gewaltigen Kundgebung der Lud-  
wigshafener Arbeiterschaft gegen die Ausrufung der unabhängigen  
Republik Pfalz wurde gestern Nachmittag in Ludwigshafen der  
Generalstreik erklärt.

**Ein neues bayerisches Ministerium.**

(W.B.) Bamberg, 31. Mai. In der heutigen öffentlichen  
Sitzung des bayerischen Landtages gab Ministerpräsident Hoff-  
mann die Erklärung ab, daß er im vollen Einverständnis mit  
seinen Kollegen sein Mandat als Ministerpräsident in die  
Hände des Landtages zurücklege. Der Schritt erfolge, um

die Bildung einer Regierung auf breiterer Grundlage zu er-  
möglichen und den Landtag wieder in seine vollen Rechte ein-  
zusetzen. Die Sitzung wurde darauf auf Vorschlag des Präsi-  
denten des Landtages, Schmitt, auf eine Stunde unterbrochen,  
um den Parteien Gelegenheit zu geben, sich über die Wahl  
des neuen Ministerpräsidenten schlüssig zu werden. In der  
dann stattfindenden Sitzung zur Vornahme der Wahl wurde  
Ministerpräsident Hoffmann zum Vorsitzenden des Ministeriums  
wiedergewählt. Der Ministerpräsident verlas sodann die Liste  
der Mitglieder der neuen Regierung. Die Ämter des neuen  
Kabinetts verteilen sich folgendermaßen: Neuhäuser und Kus-  
tus und zugleich Vorsitz: Hoffmann (Sozialdem.); Inneres:  
Segitz (Sozialdemokrat); Soziale Fürsorge: Endres (Sozial-  
demokrat); Verkehr: Frauenborjer (Fachminister); Landwirt-  
schaft: Freyberg (B. Volkspartei, Zentr.); Handel: Hamm  
(Fachminister); Militär: Schneppenhorst (Sozialdemokrat);  
Finanzen: Speck (B. Volkspartei) und Justiz: Dr. Müller  
(Demokrat).

### Französische Arbeiterforderungen.

Verfailles, 1. Juni. Wie der „Populaire“ meldet, haben gestern  
18000 Bergleute im Departement Pas-de-Calais beschlossen, morgen  
in den Ausstand zu treten, um Erhöhung ihrer Löhne, Einführung  
des Achtstundentages und Verbesserung der Altersrenten durchzusetzen.  
Die Arbeiter sind entschlossen, nicht wieder zur Grube zu fahren, bis  
sie die Forderungen durchgesetzt haben. Im Gebiet herrscht Ruhe,  
denselben Blatte zufolge droht ein Generalstreik aller Metallarbeiter  
im Pariser Gebiet. Die Bewegung, welche gleichfalls die Einführung  
des Achtstundentages und höhere Löhne bezweckt, scheint auch auf  
Mittelfrankreich sich auszubreiten. Aus demselben Grunde lassen  
auch die Angestellten aller Pariser Untergrundbahnen den General-  
streik ins Auge.

### Lohnbewegung der Londoner Polizeibeamten.

London, 2. Juni. Reuter. Bei einer Kundgebung der Polizei-  
beamten gestern Nachmittag im Hydepark wurde das Ergebnis der  
Abstimmung über den Streik bekanntgegeben. 44 539 Stimmen  
waren für, 4324 Stimmen gegen den Streik abgegeben worden. Der  
Vollzugsausschuß des Beamtenverbands hat jedoch bekanntgegeben,  
daß er die Forderungen ohne Streikbewegung zu erhalten hoffe und  
daß der Streik aus diesem Grunde bis nach Unterzeichnung des  
Friedensvertrags verschoben werde.

### Rinobrand.

Wallace J. Rhone, 2. Juni. Im Verlaufe einer Kinovorstell-  
ung am Sonntag Nachmittag fing die Kabine des Maschinisten  
Feuer. Die 4000 Zuschauer stürzten sich in unbeschreiblicher Erregung  
auf die Ausgänge. Kinder und junge Mädchen wurden zu Boden  
geworfen und zerstampft. Bis jetzt zählt man mehr als 80 Tote,  
darunter 58 Kinder, 11 Frauen und 1 Mann, die alle erstickt sind.  
Die Zahl der Leichtverletzten beträgt über 100.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. Juni 1919.

### Das Ergebnis der kirchlichen Wahlen im Bezirk Calw.

Das Ergebnis der Wahlen zur kirchlichen Landesversammlung  
steht mit Ausnahme von 3 Gemeinden nunmehr fest. Es erhielten  
im Bezirk Calw Pfarrer Hornberger 3663, Stadtpfarrer Sandberger  
2812 Stimmen, auf Fabrikant Blank fielen 3504, auf Oberpräzeptor  
Vanduse 2931 Stimmen. Die noch ausstehenden Gemeinden werden  
das Resultat wohl kaum ändern. Als gewählt kann daher jedenfalls  
Herr Blank gelten. Pfarrer Hornberger dagegen wird, da im Bezirk  
Neuenbürg Stadtpfarrer Sandberger 1400 Stimmen mehr auf sich  
vereint hat, trotz seines Sieges in Calw unterlegen sein. Neben  
Fabrikant Blank wird also Stadtpfarrer Sandberger als Vertreter  
von Calw in die kirchliche Landesversammlung eintreten.

### Tagung des Bezirks II Calw des Bundes Württemberg des Reichsbundes.

Am Samstag den 31. Mai und Sonntag den 1. Juni  
tagte hier im Gasthaus zum „Wöble“ der Bezirk II Calw des  
Reichsbundes für Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und  
Hinterbliebene. Der Bezirk II umfaßt die Bezirke Neuen-  
bürg, Calw und Nagold. 18 Delegierte aus den genannten  
Oberämtern vertraten etwa 1500 Mitglieder des Reichsbundes.  
Zur Beratung standen: 1. Soziale Fragen des Reichsbundes;  
2. Forderungen des Reichsbundes an die Gemeinden; 3. Or-  
ganisations- und Agitationsprogramm des Bezirks II; 4. Wahl  
des Bezirksausschusses. Der interessante Beratungsstoff wurde  
eingehend besprochen und im Interesse des Reichsbundes und  
seiner Mitglieder einmütig erledigt. In den Bezirksausschuß  
wurden gewählt die Kameraden: W. Bernhardt (Calw), Vor-  
sitzender; Artur Vogt (Calw), Kassier; Offz.-Stellw. Koch  
(Calw), Schriftführer; als Beisitzer die Kameraden: Talmon-  
Groß (Nagold), Hauptlehrer Schuster (Wildberg), Barth  
(Calmbach) und Schlitter (Schömberg).

### Ausflug.

Der Calwer Bezirksverein Stuttgart unternahm am Him-  
melfahrtstag bei außergewöhnlich großer Beteiligung von ca.  
90 Personen einen Frühjahrsausflug bei froher Wanderung über  
den Hasenberg, Rotwildpark, Solitude nach Gerlingen, wo  
selbst er im geräumigen Saale des Gasthauses zur „Schwäne“  
gute Aufnahme fand. Die Rückkehr erfolgte durch den Hasen-  
park über Weilmordorf nach Feuerbach, von wo aus die Heim-  
fahrt mit der Straßenbahn erreicht wurde.

### Reichswehruniformen.

Wie verlautet, sollen die bisherigen staatlichen Uniformbestände  
aufgetragen werden, jedoch Brusttaschen, Ähnen am Kragen, Spiegel  
mit Wappenschild und Regimentsnummern, silbergraue Schulterstücke  
erhalten. Der Infanteriestiefel weicht Schnürschuhen mit Wichelga-  
mäßen. Der Mantel wird allgemein zweireihig, weiße Kragen,  
Stöße an langen Ähnen wird jedermann zu tragen erlaubt. Die  
Schirmmütze schmückt die Landeskavallerie, darunter die Reichskavalle-  
rie. Eichenlaub. Grababzeichen bestehen in silbergrauen Treppen, für  
Offiziersaspiranten um den Unterarm, für Unteroffiziere in Winkel-  
form am Oberarm.

### Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Das württembergische Arbeitsministerium läßt zurzeit durch Sachverständige in allen Oberamtsstädten Vorträge über das Wesen und die Folgen der Geschlechtskrankheiten und die Notwendigkeit der Bekämpfung derselben halten. In Calw sprach am letzten Mittwoch in der Brauerei Dreiß Dr. Carsten von der Einladung des Oberamts war nur wenig Folge geleistet worden, obwohl dieses Thema gerade in der jetzigen Zeit großes Interesse in Anspruch nimmt. Der Redner sprach zuerst über das Wesen der drei hauptsächlichsten Geschlechtskrankheiten, sodann über ihre Verbreitung und schließlich über ihre Bekämpfung und Verhütung. Er erinnerte daran, daß es erst in den letzten 20 Jahren möglich geworden sei, über diese Krankheiten in der Öffentlichkeit zu sprechen, und daß man früher solche Kranke als schlechte Menschen und Ausgestoßene behandelt habe. Noch vor 25 Jahren sei ihnen nicht einmal Krankengeld gewährt worden. Es sei mit dem Verdienst der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten und der fortschreitenden Wissenschaft, daß hierin andere Auffassungen Platz gegriffen hätten. Der Geschlechtskranke werde heute nicht mehr als unmoralisch sondern als gewöhnlicher Kranker behandelt; denn meistens seien es nicht die Leichtsinrigen, sondern die Unerfahrenen, die sich solche Krankheiten zuziehen. Leider trage aber, namentlich in kleineren Städten, das schamhafte Verschweigen dazu bei, daß die Krankheiten, die bei schneller fachkundiger Behandlung nicht so bösartig verlaufen würden, schwere Folgen haben, weil sie mit der Zeit die Keimdrüsen angreifen, und dadurch zur Unfruchtbarkeit führen. Auch die Behandlung durch Kautschukringe richte großen Schaden an. Der jährliche Ausfall an Geburten infolge geschlechtlicher Erkrankung der Ehegatten sei schon vor dem Kriege auf 150- bis 200 000, berechnet worden. Auch die Eigenschaften der Kinder würden in solchen Fällen herabgesetzt werden, es würde vielfach geistige und körperliche Minderwertigkeit eintreten. Bekanntlich handelt es sich bei den geschlechtlichen Krankheiten um sogenannte Infektionskrankheiten, die wie Cholera, Typhus usw. durch Bakterien in den Körper eingeführt werden, und dort je nach

ihrem Charakter die Zellengewebe zerstören. Die gefährlichste Krankheit, die Syphilis, kann sogar durch Eßgeräte übertragen werden, und befallt den ganzen Körper, wenn nicht rasch Behandlung eintritt. Der Redner zeigte neben den mikroskopisch vergrößerten Krankheitserregern auch eine Reihe von andern Lichtbildern, die die furchtbaren Verheerungen erkennen ließen, die solche Krankheiten anrichten. Wie weit die Geschlechtskrankheiten in Deutschland verbreitet sind, wurde an einer Reihe von städt. Ergebnissen vorgeführt. Nach einer Statistik von 1900 kamen in Preußen auf 1000 Einwohner 3 Kranke. In den Großstädten war die Zahl größer, als in den kleineren Städten und auf dem Lande. Was die Beteiligung der Berufskreise anbelangt, so stellt die Arbeiterschaft den geringsten Prozentsatz in den Städten, weil sie früher heiratet und dadurch über die Gefahrzeit besser wegkommt. Während die Arbeiter 9 Prozent aller Erkrankungen stellen, sind es bei den Kaufleuten 16 Prozent, bei den Studenten 25 Prozent. Hier spielt besonders die größere Gelegenheit in den Großstädten und der riesige Alkoholgenuß mit. In Süddeutschland sind die Krankheiten seltener als in Norddeutschland. (Es wird sich hier wohl um Verschleppung aus den östlichen und südöstlichen Grenzgebieten handeln. D. Schriftl.). Im Kriege sei das 13. Armeekorps das am wenigsten verheert gewesen mit 0,3 Prozent Erkrankungen. Während des Krieges hätten die Erkrankungen aus natürlichen Gründen zugenommen. Front und Giarpe hätten im ersten Kriegsjahr 1,4 Prozent der Erkrankungen getragen, die Heimat 3 Prozent. Dadurch, daß die Demobilisierung nicht wie vorgesehen vor sich gehen konnte und nicht wie geplant alle Erkrankten bis zur Heilung zurückgehalten werden konnten, sei die Gefahr für die kleinen Städte und die ländlichen Bezirke, wo sich die Erkrankten generieren zum Arzt zu gehen, sehr groß. Die Erkrankungen hätten denn auch nach den neuesten Berichten um das vier- bis fünffache zugenommen, da die meisten Krankheiten in erster Linie bei außerordentlichem Verkehr zugezogen werden, so wäre das beste natürlich die Enthaltsamkeit. Es spielen hier neben Veranlagung und Erziehung auch soziale Momente mit, die nicht so ohne weiteres aus der Welt geschafft werden können.

Die Jugend sollte zu einer mäßigen Lebensweise, zum Sport und Wandern erzogen werden, Eßgeräte aller Art sollten vermieden werden, namentlich aber der große Alkoholgenuß. Auch gewisse Theaterstücke und Kinos seien schädlich für die Jugend. Die Eltern sollten schon frühzeitig die Jugend aufklären, nicht die Lehrer und Lehrherren. Merkblätter für Eltern können von der Gesellschaft zur Bekämpfung für Geschlechtskrankheiten bezogen werden. Wenn man Gesundheitsatteste vor der Heirat verlangen würde, so würde manches Unglück vermieden werden. Auch die Prostituiertenfrage müsse energischer behandelt werden. Es werde erwogen, ob die Erkrankten zukünftig nicht kostenlos behandelt werden sollen. Der Redner richtete zum Schluß nochmals die Ermahnung an alle, die sich eine solche Krankheit zuziehen, so schnell wie möglich zum Arzt zu gehen. Im Namen der Teilnehmer dankte Dr. Megeer dem Redner für die belehrenden und aufklärenden Ausführungen und wies darauf hin, daß leider in weiten Kreisen die Erkenntnis der Gefahren der Geschlechtskrankheiten noch nicht Platz gegriffen habe, und daß darüber nicht genug aufgeklärt werden könne.

\* **Neuweiler**, 1. Juni. Am 29. Mai sprach hier im „Adler“ Herr M. Bernhardt (Calw) über die „Erfolge des Reichsbundes“. Die beifällig aufgenommenen Ausführungen des Redners wurden von den Kameraden Hauptlehrer Reiff und dem Versammlungsleiter D. Müller (Calw) noch ergänzt und der Beifall empfahlen. Es wurde eine Ortsgruppe des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene mit 24 Mitgliedsen gebildet und Kamerad Hauptlehrer Reiff zum Vorsitzenden gewählt.

(S. B.) **Marlag** (O. A. Künzelsau), 2. Juni. Sühnerepemie. Hier ist unter den Sühnern eine verheerende Seuche ausgebrochen, der binnen 14 Tagen über 2000 Stück erlegen sind. Wie behördlicherseits festgestellt wurde, handelt es sich um eine Diphterie, die noch täglich weiter um sich greift. Der Schaden für die Besitzer und die Allgemeinheit ist groß.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Städtische Lebensmittel-Fürsorge.**  
Auf Nr. 141 kann bis 4. Juni Haferstrohen bestellt werden. Die Bestellmarken sind am 12. auf dem Rathaus abzuliefern.

**Stadtschultheißenamt Calw.**  
In letzter Zeit kam es wiederholt vor, daß im Stadtwald von Peseholz berechtigten dürre und sogar grüne, kleinere Bäume; namentlich Tannen, gefällt wurden.  
Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Besitzer von Peseholz lediglich dürres im Wald herumliegendes Holz einsammeln,  
**niemals aber noch stehendes Holz fällen dürfen.**  
Sebe weitere derartige Uebertretung müßte als Forstdiebstahl angezeigt und den Uebertretern außerdem der Erlaubnischein zum Peseholzsammeln entzogen werden.  
Calw, den 28. Mai 1919.  
Stadtschultheiß Göhner.

**Verloren**  
am 24. Mai in Calw oder Umgebung eine Brieftasche, enthaltend: Soldbuch, Führungszugzeug, S. K. Ausweis, Waffenschein, Noten-Kreuz-Ausweis, ferner Briefschaften und 50-Mark-Schein.  
Der Finder wird gegen Belohnung um Einfindung gebeten an  
**Walter Pfeiffer, Stuttgart, Hölberlinstraße 9.**

**Stahlspläne**  
**Maners Bodenwische**  
**Bodenöl**  
**Möbelpolitur**  
**Puzbürsten**  
**Puztücher**  
**Sorgobesen**  
alle Sorten  
**Stofffarben,**  
**Vorhangcreme,**  
**Stärke-Ertrag**  
empfehlen  
**R. Otto Vinçon.**

**Amtsgericht Calw.**  
Im Handelsregister wurde heute neu eingetragen: Die Einzelirma Josef Bauz, Weinhandlung in Calw; Inhaber: Josef Bauz, Weinhändler in Calw.  
Den 2. Juni 1919.  
Amtsrichter Votteler.

**Seidenstoffe u. zu Blusen und Kleibern empfehle bestens.**  
**Julie Schimpf.**

**Bleichwaren (auch Gewebe)**  
nehmen für die Blaubeurer Bleiche an.  
**Geschw. Deutsche, Lederstr.**

**Erstklassige rheinländische Tabak-Pflanzen**  
sind eingetroffen und jetzt sofort dem Verkauf aus.  
**Michael Borchner, Schmied.**

**Schöne Zitronen**  
das Stück zu 35 u. 40 Pfennig empfiehlt  
**Röhm-Dalcolmo.**  
Einen gutenhaltenen  
**Rinderwagen**  
hat zu verkaufen.  
**Obiger.**

Einen gutenhaltenen  
**Rindersportwagen**  
mit Gummireifen sucht zu kaufen.  
Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Einen gutenhaltenen  
**Sportwagen**  
verkauft  
**Gottfried Jais, Säger, Hirsau.**

**1 T-Träger,**  
Normal Nr. 32, 5,60 m lang, sowie einen gebrauchten  
**Herd**  
verkauft  
**G. Wadenhuth.**

**Prima Boden-Dei**  
hell, empfiehlt  
**Georg Pfeiffer, Badstr.**  
Mittwoch, den 4. Juni, mittags 1 Uhr, wird eine bereits noch neue  
**Futterschneidmaschine**  
im Aufstreich verkauft.  
**Rosa Handt Bwe.**

**Eine Bettlade samt Koff**  
hat zu verkaufen. Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.  
Ein fast neues, ledernes  
**Stielgeschirr**  
gegen ein gut erhaltenes  
**Spizkommet**  
hat anzukaufen. Größe für mittleres Pferd.  
Zu erst. in der Gesch. d. Bl.

### Oberamtsstadt Calw. Feuerwehrdienst.

Durch Beschluß der Gemeindegemeinschaft vom 28. Mai 1919 wurden die zur Aufrechterhaltung des Feuerwehrdienstes getroffenen Kriegsmassnahmen aufgehoben und damit die Feuerwehrgaben wieder eingeführt.

Es werden nun alle hier wohnenden männlichen Personen vom 20. bis zum 50. Lebensjahr aufgefordert, sich bis spätestens 10. Juni 1919 entweder bei Feuerwehrkommandant Widmaier zum Feuerwehrdienst oder beim Stadtschultheißenamt zur Aufnahme in das Feuerwehrabgabenzugzeug anzumelden. Die Abgabe beträgt jährlich 3 Mk. bis 20 Mk. und wird vom Gemeinderat nach den Vermögens- und Einkommensverhältnissen des Einzelnen festgesetzt.

Kranke und Gebrechliche, welche vom Feuerwehrdienst bzw. der Abgabe befreit sein wollen, haben ein ärztliches Zeugnis vorzulegen. Bei Kriegsbeschädigten genügen die Militärpapiere, soweit aus ihnen der Grad der Erwerbsbeschränkung ersichtlich ist.  
Die durch öffentliche Berufspflicht Verhinderten müssen eine Bescheinigung ihrer vorgelegten Dienstbehörde vorlegen, bzw. wollen diese Behörden Verzeichnisse der Befreiten beim Stadtschultheißenamt einreichen.

Die aus dem Feuerwehrdienst Auscheidenden wollen ihre Ausrüstungsgegenstände bis spätestens 10. Juni bei Maschinenmeister Feldweg im städt. Elektrizitätswerk abliefern.  
Calw, den 31. Mai 1919.

Stadtschultheiß: Göhner. Feuerwehrkommandant: J. Widmaier.

**Verkaufe**  
zwei vollmelkige  
**Ziegen,**  
weiß und rehfarbig.  
**Gotthilf Steinhilber, Vorstadt.**

**Spindlershof.**  
**1 Kuh,**  
mit dem 5. Kalb 36 Wochen  
trächtig, jetzt dem Verkauf aus.  
**Gottlieb Pfommer.**

Sehe einen 5 Monate alten  
**Farren**  
dem Verkauf aus.  
**Jak. Strinz, Stammheim.**

Einen 5 Monate alten  
**Stier**  
hat zu verkaufen.  
**Schnürle, Spejhardt.**

**Neue Verzeichnisse**  
der Fernsprechanstalten  
sind im Kontor des Blattes, das Stück zu 50 Pfennig, zu haben.

**Eier-Plurat**  
für Geflügel,  
**Schweine-Ferkelpulver,**  
**Nichter's Kraftmehl**  
für Schweine,  
**Prästat**  
Beifutter für Kaninchen  
**Ratten- und Mäusegift**  
empfehlen  
**R. Hauber.**

**9 junge Enten**  
hat zu verkaufen  
**Michael Hayer, Ernstmühl.**  
Derselbe sucht einen gebrauchten  
**Reißzeug.**

**Futterwürze,**  
**Hundekuchen,**  
**Geflügelfutter,**  
**Ritter-Drogerie**  
Calw, an der Nagoldbrücke.

Calw, den 2. Juni 1919.  
**Statt jeder besonderen Anzeige!**



Unser lieber Vater, Schwiegervater u. Großvater  
**Wilhelm Stickel,**  
 Uhrmacher,

wurde heute früh von seinem langjährigen schweren mit Geduld ertragenen Leiden erlöst.

In tiefer Trauer:  
 Wilhelm Stidel u. Frau Emma, geb. Feldweg,  
 Wilhelm Frank u. Frau Helene, geb. Stidel,  
 Marie Stidel, Emma Stidel  
 u. die Enkelkinder Emma Stidel u. Else Frank.

Beerdigung Donnerstag nachmittags 4 Uhr.

Unterhaugstett, den 2. Juni 1919.  
**Dankagung.**



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem unerwartet schnellen Hinscheiden unserer lieben, unvergesslichen Tochter, Schwester und Braut

**Friederike**

für die zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu ihrer letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, für den erhebenden Gesang des Herrn Lehrers mit seinen Kindern und besonders allen, welche sich während ihrer Krankheit helfend um sie angenommen haben, sagen wir auf diesem Wege vielen herzlichsten Dank.

In schwerer Trauer:  
 Jakob Seifried mit Frau und Kindern.  
 Fr. Kugels, Unterlengenhardt.

**Trauer-Druckereien** liefert rasch, sauber und preiswert die Druckerei dies. Blattes.

**Drahtgeflechte**  
 100—150 cm hoch, vier- und sechseckig  
**Grünes Fenstergewebe**  
**Drahtsiebe**  
 empfiehlt in großer Auswahl  
**Fr. Wiedersheim, Eisenhandlg., Weisberstadt.**

**Fahrnis-Versteigerung.**

Wegen Aufgabe der Wirtschaft verkauft am Mittwoch, den 4. Juni, vormittags 9 Uhr und nachmittags bei Frau Luß Witwe, z. „Sungler“ im Biergäßle, gegen Barzahlung: verschiedenes Küchengefäß und Steinartige, 1 Ovaltisch, Wirtschaftstische mit Schrauben, 1 Ledentisch mit Schreibstuhl, 2 Kommode, 1 Sofa, Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Krankenstuhl, 1—3 etagiger Blumenständer, 2 Bettladen mit Matze und Matragen, Bettstühle, 1 Wringmaschine, 1 Holzmenge, versch. Kohlen-Blöckeisen, Messing- und Holzahnen, 1 Brückenwaage, 1 Schubkarren, 2 Leitern, Siebe, 3 Fässer und Kübelgefäß, 1 feinerer Brunnenrog, eine Partie Korb- und andere Flaschen, landwirtschaftl. Geräte, 1 Partie Presspappe und Packpapier, 1 Butten, 1 Marderfalle, Spiegel und Bilder, sowie allgemeinen Hausrat.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadlinventierer Kolb.

Mehrere tüchtige  
**Möbelschreiner**

finden sofort gutbezahlte Arbeit bei

**E. H. Stock, Pforzheim,**  
 westl. Karl-Friedrich-Str. 65.

**Notwehr**

Ist es, die mich nach Schluß der Wahl nochmals das Wort ergreifen heißt. Aber die Angriffe des Herrn Mittel-schullehrer Beck auf meine Person sind derart gewesen, daß sie nicht unwiderprochen bleiben dürfen; ich bin es meinem Amt, meiner Gemeinde, meiner Ehre schuldig.

1. Herr Beck hat von der Schönberger Versammlung am 11. Mai Bericht erhalten durch Männer, die der Versammlung nicht anwohnten. Deshalb konnten sie nicht wissen, daß meine Zeit in der Versammlung sehr beschränkt war. Der Neuenbürger Redner, mit dessen Ausführungen über die Satho-Predigt ich auch nicht einig war, war nicht Kandidat. Ich hatte auf andere Anfragen noch Rede zu stehen. In einer Satho-Debatte war wirklich in der Versammlung nicht der Platz.

2. Mein Nichteingehen auf die Ausführungen des Neuenbürger Redners erklärt nun Herr Beck kurzer Hand entweder als Zustimmung zu jenen Ausführungen oder als Menschenfurcht, Rücksicht auf meine Wähler oder wie es Herr Beck in Calw ausgedrückt hat. Ich spreche Herr Beck das Recht zu solch raschem Urteil, das auf Grund von Berichten aus dritter Hand gefällt hat, ab und bedauere, daß ihm sein Urteil über mich (er sei durch mein Verhalten an das Wort „Wolf in Schafskleidern“ erinnert worden) noch keine Gewissensnot gemacht habe. Kann er gegen einen im Amt stehenden Pfarrer einen schwereren Vorwurf erheben? Hat er kein Gefühl dabei, daß er hiemit zugleich das Vertrauen der Gemeinde zu ihrem Pfarrer untergräbt?

3. Muß ich die Gewissensnot des Herrn Beck leider damit noch steigern, daß ich ihm mitteile, daß der Redner von Schönberg, Herr Blach, seine Ausführungen über Satho wörtlich in einer kirchlichen Versammlung im Gemeindehaus Neuenbürg wiederholt hat, in welcher der Kandidat der „rechtsstehenden Kreise“, Herr Pfarrer Hornberger, ebenfalls anwesend war und auch — schwieg, woraus ihm niemand einen Strick gedreht hat. Nun hat Herr Beck Gelegenheit entweder sein Urteil über Herrn Pfarrer Hornberger zu ändern, wozu ich allerdings in dessen Schweigen keinen Grund sehe, oder sein Urteil über mich zu mildern, zu korrigieren.

4. Es freut mich mit gutem Gewissen feststellen zu können, daß das parteimäßige sich Bekämpfen nach Art der politischen Wahlen in diese Kirchenwahl von „rechtsstehender Seite“ hereingetragen worden ist, schon in jenen Calwer Bezirkskirchentag vom 5. Mai durch das hartnäckige Verweigern eines gemeinsamen Wahlzettels.

5. danke ich Herrn Stadtpfarrer Schmid auch an dieser Stelle für sein mannhaftes Eintreten für mich, der ich ohne mich wehren zu können, so hart angegriffen und verächtlich worden bin. Ich bin nicht der radikale, freisinnige Pfarrer, zu dem mich Herr Beck gern gestempelt hätte.

Damit schließt für mich die Erörterung zur ersten Bezirkskirchenwahl.

Liebenzoll, 2. Juni 1919.

**Stadtpfarrer Sandberger.**

Fleißiges

**Mädchen**

als Küchenhilfe und zum Spülen bei gutem Lohn auf 15. Juni oder später gesucht.

Wo, sagt die Geschäftsstelle des Calwer Tagblatts.

Ich suche zu möglichst baldigem Eintritt ein in Küche u. Hausarbeit erfahrenes, zuverlässiges

**Mädchen.**

Frau Fabrikant Hippel, Uhlandstraße.

Nach Stuttgart wird ein zuverlässiges, pünktliches

**Mädchen**

gesucht, das gut bürgerlich kochen kann.

Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Ein geordnetes

**Mädchen**

wird gesucht für Küche und Haushaltung bei

Frau Fabrik. Karl Scholl, Pforzheim, Durlacherstraße 33.

Braver, kräftiger

**Junge,**

der Lust hat, die Bäckerei zu erlernen, sofort gesucht.

Albert Widmaier, Pforzheim, Schloßberg 15.

Wegen Erkrankung meines Knechtes findet ein kräftiger

**Knecht**

nicht unter 17 Jahren, der Landwirtschaft versteht u. mit Pferden umgehen weiß,

sobort Stelle.

J. M. Borchert, Mairbach, Station Liebenzell Telefon Nr. 1.

Gebildetes, 24 jähriges

**Fräulein**

aus guter Familie, angenehmes Wesen, sucht von Mitte Juni bis Anfang Juli Aufenthalt bei ruhiger, einfacher Familie gegen Vergütung und Dienstleistung oder nur ersteres. Calw oder nahe gelegene Bahnstation bevorzugt.

Gesl. Zuschriften unter B. 25 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein 18 Jahre alter Bursche

**sucht Stellung**

als Knecht in der Landwirtschaft wenn möglich zu 2 Pferden. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

**Mitteilungen**

**Rundschreiben**

**Preislisten**

liefert die Druckerei dieses Blattes.

**Geschäftsverlegung und Empfehlung.**

Einer geehrten Einwohnerschaft von hier und auswärts teile ergebenst mit, daß ich meine

**Bäckerei**

von Badstraße 347 (Rebstock)

nach Badstraße 375 (Strohmann'sches Haus) verlegt habe.

Für das mir seither entgegengebrachte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe auch hier übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

**Carl Dingler, Bäckermeister.**

**Geschäftsübergabe und Eröffnung.**

Meiner werten Stadt- und Landkundschaft mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich das

**Sattler- und Tapeziergeschäft**

von meinem verstorbenen Manne an Herrn Otto Weiser, Sattler- und Tapeziermeister, pachtweise übergeben habe. Indem ich für das in reichem Maße erwiesene Vertrauen meinen herzlichsten Dank ausspreche, bitte ich dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtend

Frau Otto Gulde, Sattlermstr. Wld.

Unter höchlicher Bezugnahme auf obige Mitteilung beehre ich mich, die verehrt. Einwohnerschaft von hier und Umgebung in Kenntnis zu setzen, daß ich obiges Geschäft ab 1. Juni übernehmen und eröffnen werde.

Es wird mein Bestreben sein, jedem Wunsche gerecht zu werden und bitte mein junges Unternehmen gütlich zu unterstützen.

Hochachtend

Otto Weiser, Sattler- und Tapeziermstr.,  
 Otto Gulde's Nachfolger, Kronengasse.

**Geschäftsempfehlung.**

Ich habe mich seit 1. Juni in Gchingen

**als Schuhmacher niedergelassen**

und empfehle mich in

feinen Maßarbeiten, sowie Reparaturen all. Arten prompt und billig. Verarbeitung von nur gutem Leder wird zugesichert. Gleichzeitig empfehle ich

la. Schuhfett, Wachscreme, Schuhriemen u. Nestel  
**Christof Janah, Schuhmacher in Gchingen.**

**Bettstellen**

Eichen rohe in einfachster Art, bestellt in größeren monatlichen Lieferungen Möbelgeschäft.

Fournier und Leim wird eventl. mitgeliefert. Preislage 250—275 Mk.

Angebote mit Angabe, wieviel monatlich geliefert werden an R. 205 an die Geschäftsst. d. Bl.

**Ziehharmonika,**  
 alte gebrauchte, können auf Neue eingetauscht werden bei  
**Gebrüder S. E. M. Hohlosfer,**  
 Ziehharmonikamacher,  
 Pforzheim, Bergstr. 27.  
 Dasselbst sind einige gebrauchte billig zu verkaufen.

Einen gut erhaltenen

**Kinderwagen**

mit Gummireifen hat zu verkaufen.  
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

**Dr. Albersheim**  
**Sommerproffenmittel**  
**„Aralla“**

schnell und sicherwirkend, maßschäblich.

Zu haben bei  
 Friseur J. Odermatt,  
 bei der kath. Kirche.

**Spezial-**

**Wasserglas,**

sow. Garantol.  
**Ritter-Drogerie**  
 gegenüber dem Waldhorn.